Ä-K09-106 Jetzt füreinander einstehen: Gesundheit und Soziales

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-2

In Zeile 38:
Dafür ~~müssen~~wollen wir die auf Bundesebene ~~beschlossene~~geplante Kindergrundsicherung in Brandenburg schnellstmöglich umsetzen. Wir wollen ~~alle bestehenden~~dazu ergänzende, bestehende Förderprogramme, die sich an armutsgefährdete Kinder und Jugendliche richten, erhalten und ausbauen. Kitas und Schulen, in denen besonders viele Schüler*innen armutsgefährdet sind, sollen besondere Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen erhalten. Besonders Familien mit wenig Geld sollen in Brandenburg mehr Hilfsangebote finden.

Begründung

Die Kindergrundsicherung ist lediglich vom Bundeskabinett beschlossen, aber steckt momentan im parlamentarischen Verfahren in Bundestag- und -rat mit unklarem Ausgang fest. Grundidee ist es die bestehenden Angebote zu einer Leistung zu vereinheitlichen, um sie leichter zugänglich zu machen. Daher bedeutet dies im Einzelfall auch, dass bisherige Leistungen darin aufgehen, daher ist es ungünstigt davon zu sprechen, dass "alle" Förderprogramme erhalten bleiben.